

Liebe Leserin, lieber Leser,

unsere "Informationen und Positionen" sind ein halbes Jahr nicht erschienen. Sie sind nicht eingegangen – manche politischen Gegner/innen mochten das gehofft, politische Freund/innen mochten Befürchtungen gehabt haben. Nein, es war nur eine Unterbrechung und sie hatte einen eher positiven Grund:

Am 13. August hat sich eine neue Fraktion im Rat der Stadt Dortmund gegründet und dies formal dem Oberbürgermeister Dr. Langemeyer angekündigt. Die Fraktion hat sich den Namen "Die Linken im Rat" gegeben. Ihr gehören an: Hannes Fischer, parteilos, der seinen Austritt aus der Bürgerliste und aus der Fraktionsgemeinschaft Bürgerliste/FDP erklärt hatte, Nursen Konak, DIDF, Wolf Stammnitz, Partei Die Linke., Wolfgang Richter, Linkes Bündnis Dortmund - Parteilose Linke, DKP und SDAJ.

Zum ersten Fraktionsvorsitzenden wurde Wolf Stammnitz, zu seinem Vertreter Wolfgang Richter gewählt.

Inzwischen konnte im Rathaus die Fraktionsgeschäftsstelle eingerichtet und am 6. November 2007 eröffnet werden. Als Fraktionsgeschäftsführer wurde Torsten Behrendt und als Mitarbeiter Stefan Nölleke eingestellt.

Wer die Fraktion "Die Linken im Rat" persönlich erreichen möchte, findet die Geschäftsstelle im 3. Obergeschoss des Rathauses, Zimmer 310/311, kann anrufen unter 50.27240 (Geschäftsstelle) oder 50.27241 (Fraktionsvorsitz) oder kann ihr schreiben: Fraktion "Die Linken im Rat", Rathaus, Friedensplatz 1, 44135 Dortmund oder kann ihr mailen: tbehrendt@stadtdo.de

Eine Internet-Seite für die Fraktion befindet sich noch im Aufbau – bis das Ergebnis informativ, lesbar und anspruchsvoll ist, werden Informationen über die Arbeit der Fraktion auf den Seiten der beteiligten Organisationen zu

finden sein: also sowohl auf der Seite der Partei "Die Linke. Dortmund": www.dielinke-dortmund.de als auch auf unserer Seite: www.linkes-buendnis-dortmund.de

Inzwischen hat die Fraktion ihre Aufgaben angenommen und (unter Berücksichtigung der für sie neuen Situation) auch politische Arbeitsergebnisse hergestellt, die Aufmerksamkeit in der politischen Szene gefunden haben. Nicht überall - noch wird in offiziellen Veröffentlichungen und in lokalen Medien versucht, die Fraktion und ihre Arbeit zu verschweigen oder kleinzuschreiben - wie schon immer die sich an der neuen Fraktion Beteiligten und ihre Arbeit.

Es ist deshalb logisch und notwendig, dass wir unsere eigene Darstellung unserer Politik in Dortmund hier wieder aufnehmen und auf den links-oppositionellen Internet-Seiten weiterführen. Die Unterbrechung war der besonderen Arbeitsintensität bei der Bildung der bündnispolitisch angelegten Fraktionsbildung geschuldet.

In dieser Ausgabe werden die Fraktionsbildung in wenigen Papieren, erste politische Arbeiten der neuen Fraktion und einige unserer Aktivitäten als "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" dargestellt. Alles dies – Information, Position, Bewertung und Perspektive - muss lückenhaft bleiben, es gibt hier nicht genug Raum für eine vollständige Dokumentation. Der Blick auf unsere Internet-Seite bleibt erforderlich, nützlich und dient immer der Aufklärung – schon weil die Medien in der Stadt ihre journalistische Arbeit weiterhin auf die große Koalition aus SPDCDUGrünFDP verengen und dabei verpassen und verschweigen, welches kritische Potential die Stadt hat.

Herzlich grüßt Linkes Bündnis Dortmund

Zum Holocaust-Gedenktag am 27. Januar

Anlässlich des Gedenktages führte "Linkes Bündnis Dortmund - Parteilose Linke, DKP und SDAJ" am 25. Januar um 12.00 Uhr an der Ecke Wißstraße/Prinzenstraße in Sichtnähe des Rathauses eine Aktion durch - in Unterstützung des kommunalen "Aktionsplans gegen Rechtsextremismus ..." wurde eine große Plakatwand gestaltet, die für 10 Tage an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnert:

"Damals wie heute: Nazis sind Verbrecher"

Während der Aktion wurde ein Flugblatt mit dem auch im Plakat verwendeten Motiv verteilt, in dem es hieß: "Wir widmen die Gestaltung der Plakatwand gegenüber dem Rathaus allen Opfern des Holocaust und insbesondere allen Kindern, die von den Nazis verfolgt, in Ghettos und Konzentrationslagern eingesperrt, gequält und ermordet wurden. Wir weisen mit dieser Aktion auf den "Zug der Erinnerung" hin, der vom 10. bis 13. Februar 2008 im Hauptbahnhof Dortmund hält und über die Deportationen von Kindern in Waggons der Reichsbahn informiert. Im Begleitprogramm zeigt das "Dortmunder Antifa-Gespräch" am 11. Februar um 19.30 im Wichernhaus den DEFA-Film "Nackt unter Wölfen" nach dem Buch von Bruno Apitz über das Schicksal eines Kindes in Buchenwald".



"Damals wie heute: Nazis sind Verbrecher"

Politische Erklärung zur Gründung der Fraktion "Die Linken im Rat"

Wir schließen uns zur Fraktion "Die Linken im Rat" zusammen, weil wir der Auffassung sind, dass wir so die Interessen unserer Wählerinnen und Wähler wirkungsvoller vertreten können.

Uns eint die Opposition gegen Marktradikalismus und Abbau des Sozialstaats, gegen Umverteilung von Unten nach Oben, gegen Privatisierung und für Rekommunalisierung, gegen Zerstörung unserer städtischen Lebenswelt zugunsten privaten Gewinnstrebens, gegen die neoliberale Austrocknung der Gemeindefinanzen. Uns eint der Widerspruch gegen den Einsatz der Bundeswehr im Inneren und gegen die Reduzierung der Sozial- und Bildungsbudgets zugunsten der immensen Ausgaben für militärische Auslandseinsätze, gegen das Erstarken neofaschistischer Tendenzen und die Rücknahme demokratischer Rechte.

Wir streiten gemeinsam mit den von dieser Politik betroffenen Menschen in Dortmund für ihre Interessen im Rat und außerhalb. Außerparlamentarische Aktionen sind Teil unserer Politik. Wir beteiligen uns an der Entwicklung konkreter Alternativen. Wir suchen die Zusammenarbeit mit allen Menschen, die in diesem Sinn eine andere Politik wollen, mit Bürgerinitiativen, Verbänden und Gewerkschaften und bringen deren Anliegen, Interessen und Forderungen im Rat zur Sprache.

Die Fraktion "Die Linken im Rat" gestaltet ihre Arbeit demokratisch, offen und transparent und stellt ihre Arbeit öffentlich zur Diskussion.

Bis zum Ende der laufenden Wahlperiode, bis zur nächsten Kommunalwahl setzt sich die Fraktion folgende Schwerpunkte:

Arbeit und Ausbildung

Im sozialen Bereich, bei Bildung, Gesundheit und Pflege, im öffentlichen Nahverkehr, im Wohnungsbau und Umweltschutz ist ein erheblicher Bedarf an Arbeit vorhanden. Nur ein Bruchteil davon erscheint in der Form qualifizierter, sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze am 1. Arbeitsmarkt. Solange die Unternehmer für die von ihnen verursachte andauernde Massenerwerbslosigkeit nicht in Haftung genommen werden, fällt der Gemeinschaft selbst, der öffentlichen Hand eine Schlüsselrolle beim Erhalt und der Schaffung existenzsichernder Beschäftigung in diesen Bereichen zu. Vor allem die Kommunen müssen hier mit gutem Beispiel vorangehen, und zwar auf drei Ebenen:

1. Der Personalabbau in städtischen Verwaltungen und Beteiligungsunternehmen ist sofort zu stoppen. Das Rationalisierungsprojekt „Verwaltung 2020“ lehnen wir als gemeinwohlschädlich ab und werden die Beschäftigten in ihrem Widerstand unterstützen.

2. Kommunale und gemeinnützige Träger sind für die Schaffung qualifizierter, sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze in den genannten Bereichen vorrangig zu fördern. Erzwungene Arbeit, als „1-€-Jobs“ oder in welcher Form auch immer, weisen wir zurück.

3. Zuwendungen und geldwerte Leistungen der Wirtschaftsförderung an private Unternehmen sind an verpflichtende Arbeitsplatzzusagen zu binden und bei deren Nichteinhaltung zurück zu fordern.

Die Arbeitszeit in der Stadtverwaltung und städtischen Beteiligungsunternehmen ist bei qualifiziertem Lohnausgleich zu verkürzen.

Wir setzen uns für einen gesetzlichen Mindestlohn ein, der Armutslöhne unterhalb der von UNO und EU definierten Armutsgrenze ausschließt und fordern ihn als Bedingung auch bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

Wir sind für eine Ausbildungsoffensive der Stadt und ihrer Beteiligungsunternehmen. Dabei ist eine Ausbildungsquote von 10 Prozent herzustellen. Bis eine bun-

desweit verbindliche Umlageregelung geschaffen ist, muss die Stadt über das kommunale Steuerschöpfungsrecht die erforderlichen Mittel bei ausbildungsunwilligen Unternehmen erheben, damit alle Dortmunder Jugendlichen eine den individuellen Fähigkeiten entsprechende qualifizierte Ausbildung erhalten.

Sozialpolitik

Hartz IV ist zutiefst unsozial, vergrößert die Armut in Dortmund und muss zurückgenommen werden. Wir unterstützen Initiativen, die dies zum Ziel haben. Auf kommunaler Ebene setzen wir uns für jede konkrete Verbesserung der Lage der Hartz-IV-Opfer ein, wie z.B. die vollständige Übernahme von Wohnungs- und Heizkosten. Durch Leistungskürzungen erzwungene Umzüge lehnen wir ab.

Wir sind für die Einführung eines kostenlosen Sozialtickets für Einkommensarme im öffentlichen Nahverkehr.

Guter und bezahlbarer Wohnraum ist lebensnotwendig für alle Menschen. Wir sind gegen den Verkauf von Wohnungsbeständen aus öffentlicher Hand an Privatinvestoren. Wir setzen uns für den öffentlichen Wohnungsbau ein. Wir sind dafür, alten- und behindertengerechtes und Generationen übergreifendes Wohnen mehr zu fördern und das Genossenschaftswesen zu stärken.

Stadtentwicklung

Die Entwicklung der Stadt hat darunter gelitten, daß die Rathauspolitik mit ungesicherten Planungen und riskanten Projekten der beste Spekulant im Land sein wollte.

Diese Politik werden wir weiter kritisieren und Vorschläge machen für eine an der Geschichte der Stadt und den Erfahrungen und Werten der in ihr lebenden Menschen anknüpfende Stadtentwicklung, die auf sozialer, ökonomischer und ökologischer Vernunft gründet. Es gilt, Leuchtturmprojekte und Metropolenwahn zu beenden zugunsten einer Planung und Entwicklung der Stadt und ihrer Bezirke im Interesse der hier lebenden Menschen und ihrer Zukunft.

Solche Politik wird sich auf leistungsfähige öffentliche Infrastrukturen und umfassende soziale und kulturelle Versorgung konzentrieren. Erst damit wird die Grundlage für privates Engagement geschaffen, das definierte Räume in der Stadt findet und sie mit Blick auch auf das Gesamtwohl der Stadt sinnvoll ausfüllen kann.

Verkehrspolitik

Wir unterstützen einen flächendeckenden Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und sind für einen attraktiven Ausbau der Dortmunder Bahnhöfe. Wir wenden uns gegen den Bau neuer Schnellstraßen im Stadtgebiet und fordern den Ausbau des Radwegenetzes.

Den weiteren Ausbau des Flughafens Dortmund sowie die Ausweitung seiner Betriebszeiten und Verspätungsregelungen lehnen wir ab. Der Flughafen muss auf seinen Infrastrukturauftrag als Geschäftsflughafen der Dortmunder Wirtschaft zurückgeführt werden, die Expansion in den Massentourismus ist zurückzunehmen, bei Übernahme des Personals zu Tariflöhnen in andere städtische Betriebe. Der Schutz der Menschen in der Region vor gesundheitsschädigenden Immissionen muss bei allen Planungen erste Priorität bekommen.

Freiraum und Umwelt

Zur Lebensqualität und Daseinsvorsorge gehört eine intakte Umwelt. Wir lehnen die weitere Zersiedlung der Grün- und Freiräume im Stadtgebiet ab.

Wir sind für die ruhrgebietsweite Umweltzone als einen notwendigen Schritt zur Reduzierung der Treibhausgase, des Feinstaubes und des Lärms.

Wir streben die vollständige Rekommunalisierung der Energieversorgung unter bevorzugtem Einsatz erneuerbarer Energien an. Die kommunale Wasserversorgung darf nicht weiter privaten Kapitalinteressen geöffnet werden,

die DEW 21 ist vollständig ins Eigentum der Stadt Dortmund zurückzuführen.

Wir setzen uns für den Rückzug aus der Müllverbrennung und die Förderung der Kreislaufwirtschaft ein.

Frauen

Der Reichtum an Wissen und Fähigkeiten der Frauen stößt immer noch auf Vorurteile und tradierte Rollenverständnisse, sowohl im Privaten als auch in der Öffentlichkeit. Bei gleicher Arbeit verdienen Frauen weniger als Männer, auf der Suche nach Arbeit landen sie oft in Minijobs und Teilzeitarbeit, von Arbeitslosigkeit und Armut sind sie am stärksten betroffen, die meisten Renten werden nicht existenzsichernd sein.

Alle Frauen – deutsche wie Migrantinnen - brauchen die gleichberechtigte Teilhabe an den beruflichen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Wir setzen uns für die Beendigung jeder Diskriminierung im privaten wie öffentlichen Leben, in Bildung und Ausbildung, Arbeit und Beruf, Kultur und Politik ein und fordern die besondere Förderung von Frauen, wo noch keine Chancengleichheit hergestellt ist.

Kinder und Jugend

Wir setzen uns dafür ein, dass die Dortmunder Familienpolitik auf die Bedürfnisse benachteiligter Kinder und Jugendlicher ausgerichtet wird. Wir fordern die flächendeckende Schaffung kostenloser Kinderbetreuungseinrichtungen für einkommensarme Familien.

Um dem wachsenden Beratungsbedarf gerecht zu werden, setzen wir uns für eine qualifizierte, den wachsenden Aufgaben angemessene Personalausstattung der städtischen Kinder- und Jugendhilfedienste und der Familienbüros ein.

Gemeinnützige private Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen sind leistungsgerecht zu fördern.

Bildung

Bildung ist allen zugänglich zu machen. Soziale Herkunft und unterschiedliches Leistungsvermögen dürfen dabei keine Rolle spielen.

Gleiche Bildungschancen für alle bedeutet deshalb vor allem, die Zugangsmöglichkeiten zu verbessern, Ausstattung und Bildungssystem den wachsenden Anforderungen anzupassen.

Das dreigliedrige Schulsystem ist von gestern, ein Relikt aus Kaisers Zeiten, das in einem zukunftsorientierten Europa keinen Widerhall mehr findet. Nur das gemeinsame Lernen aller Kinder ermöglicht ein Höchstmaß an Lernbereitschaft, Lernfähigkeit und sozialer Kompetenz. Es ist Aufgabe von Ländern und Kommunen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, Förder- und Fördermöglichkeiten weiter auszubauen und die Bildungseinrichtungen bereitzustellen.

Deshalb unterstützen wir eine flächendeckende Einrichtung von Ganztagschulen mit qualifiziertem Bildungs- und Betreuungsangebot und den weiteren Ausbau von Gesamtschulangeboten.

Auch der Freizeitbereich bedarf einer gründlichen Aufwertung. Wir setzen uns dafür ein, daß alle Jugendlichen Zugang zu qualifizierten Freizeiteinrichtungen erhalten. Die Bemühungen der in den Einrichtungen Tätigen sind zu unterstützen, das Personal ist aufzustocken, Kinder- und Jugendeinrichtungen sind zeitgemäß auszustatten.

Integration von Migrantinnen und Migranten

Wir sind für die Förderung eines solidarischen Zusammenlebens mit Migrantinnen und Migranten und unterstützen den Masterplan Integration. Multikulturelle Initiativen, Stadtteilprojekte, Jugendeinrichtungen und Sportvereine sollen stärker finanziell gefördert werden.

Integration ist keine Einbahnstraße. Wir wollen gleiche Rechte für alle Einwohnerinnen und Einwohner. Wir

kämpfen gegen jede Form von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung.

Wir setzen uns für ein diskriminierungsfreies Bleiberecht von "geduldeten" Flüchtlingen und für die Verbesserung der Situation der "Illegalen" ein.

Muttersprachlicher Unterricht muss stärker gefördert werden. Deutschkurse für Migrantinnen sind mit kostenlosen Betreuungsangeboten für deren Kinder zu kombinieren.

Abwehr neonazistischer Umtriebe und rechter Ideologien

Rechtsradikale Propaganda darf nicht toleriert werden. Wir fordern nicht nur von Polizei und Justiz, sondern auch von Kommunalpolitikern und städtischen Dienststellen, mit allen gebotenen Mitteln öffentliche Auftritte Rechtsradikaler zu verhindern.

Dem Vordringen rechter Ideologien ist in allen Bereichen der Stadtgesellschaft aktiv entgegen zu treten. Das Zurückdrängen antidemokratischer Ideologien muss zum Querschnittsthema von Politik und Verwaltungshandeln werden.

Antifaschistische Initiativen und Schulprojekte sind stärker zu fördern.

Alte Menschen in unserer Gesellschaft

Anteil und Anzahl der älteren Menschen über 60 nehmen immer mehr zu. Nicht am Rande der Gesellschaft, sondern mitten drin hat ihr Platz zu sein. Beherrigen die Kommunen diesen Grundsatz, müssen sie alle Voraussetzungen dafür schaffen, ihn zu verwirklichen.

Altengerechtes Wohnen, Einkaufsmöglichkeiten im Wohnumfeld, Möglichkeiten zur Pflege der Sozialkontakte und eine ausreichende medizinische Betreuung sind Aufgaben, die verstärkt in Planung und Umsetzung genommen werden müssen.

Es ist von besonderer Bedeutung in allen Bereichen, den Älteren Möglichkeiten zu geben, ihren Erfahrungsschatz weiterzugeben und auf diese Weise produktiv wirken zu können.

Kommunalfinanzen, Gemeindeverfassung

Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf die Leistungen der Daseinsvorsorge. Darum lehnen wir die Privatisierung kommunaler Dienstleistungen und Einrichtungen ab und werden uns angeblichen Sach- und Sparzwängen nicht beugen: Alle Bereiche der gemeinschaftlichen Daseinsvorsorge gehören in öffentliche Hand.

Dem Versuch, mit der geplanten Reform der Gemeindeordnung die kommunale Selbstverwaltung und demokratische Rechte noch weiter einzuschränken, treten wir entgegen. Das Recht auf unbeschränkte wirtschaftliche Betätigung der Kommunen muss erhalten bzw. wieder hergestellt werden.

Wir treten für eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes der Stadt ein. Mittelfristig soll die Gewerbesteuer progressiv nach der Wertschöpfung der Betriebe gestaffelt und mit Ab-/Aufschlägen für ökologische Nachhaltigkeit versehen werden (Bonus-/Malus-System).

Wir sind für eine Gemeindefinanzreform, die die Kommunen finanziell so ausstattet, dass sie ihren Aufgaben gerecht werden können. Wir bestehen auf dem Konnexitätsprinzip zwischen Kommunen, Land und Bund ("Wer bestellt, muss auch bezahlen!").

Zur Reform der Gemeindefinanzen halten wir eine stärkere Besteuerung der wirtschaftlich Starken und großer Vermögen für unabdingbar. Wir fordern ein Entschuldungsprogramm für die Kommunen.

Dortmund, 13. August 2007

Hannes Fischer, Nursen Konak, Prof. Wolfgang Richter, Wolf Stammnitz

Politische Erklärung des Linken Bündnis Dortmund und der DKP Dortmund zur Gründung der Ratsfraktion "Die Linken im Rat"

In ihrer gemeinsamen Sitzung am 09.08.2007 wurden die Vorstände des Linken Bündnis Dortmund und des Kreisverbandes Dortmund der Deutschen Kommunistischen Partei von Wolfgang Richter über die geplante Bildung einer Ratsfraktion „Die Linken im Rat“ informiert. Nach eingehender solidarisch geführter Diskussion haben beide Vorstände einstimmig der Gründung der neuen Fraktion zugestimmt.

Mit dem Zusammenschluss der fortschrittlichen Kräfte im Rat der Stadt wird es einen weiteren politischen Impuls bei der parlamentarischen Vertretung der Menschen dieser Stadt geben, deren Interessen von den neoliberalen Parteien nicht vertreten werden. Dazu werden die der Fraktion nun zustehenden erweiterten parlamentarischen Rechte als wirksames Instrument genutzt werden können.

Die Fraktion "Die Linken im Rat" wird auch weiterhin außerparlamentarisch mit den Gewerkschaften, der sozialen Bewegung und den demokratischen Organisationen der in Dortmund lebenden Ausländerinnen und Ausländer, den Bürgerinitiativen, den Friedens- und antifaschistischen Organisationen zusammenarbeiten und die Beziehungen zu ihnen intensivieren und ausbauen können.

Die Fraktion hat festgelegt, dass abweichende öffentliche Meinungsäußerungen ihrer Mitglieder zulässig sind,

sofern sie als Auffassung ihrer Partei bzw. Wählergemeinschaft oder als persönliche Auffassung gekennzeichnet werden. Bei Abstimmungen im Rat gilt kein Fraktionszwang, abweichendes Abstimmungsverhalten ist zulässig. Ebenso wird die Fraktion zur öffentlichen Beratung von Schwerpunktthemen der Fraktionspolitik sowie zur Rechenschaftslegung gegenüber Wähler/innen mindestens einmal im Quartal eine offene Diskussionsveranstaltung durchführen, zu der öffentlich eingeladen wird. Dies begrüßen wir ausdrücklich.

Die Gründung dieser Fraktion bedeutet keinen Vorgriff auf mögliche Formen der Kandidatur der Linkskräfte zu den Kommunalwahlen 2009. Eine solche Entscheidung wird rechtzeitig vor den Kommunalwahlen in den zuständigen Gremien vorbereitet, beraten und beschlossen. Weder das "Linke Bündnis Dortmund - Parteilose Linke, DKP und SDAJ" noch die DKP werden mit dieser Fraktionsgründung ihre Eigenständigkeit als Wählergemeinschaft bzw. politische Partei aufgeben.

Dortmund, den 14.08.2007

Vorstand des Linken Bündnis Dortmund und Kreisvorstand der DKP Dortmund

Kommunaler Haushalt 2008/2009

Der Rat hat am 13. Dezember 2007 den Kommunalen Haushalt als Doppelhaushalt 2008/2009 beschlossen – ein erster großer Beitrag zum Kommunalwahlkampf im Jahr 2009. Zwar ist es absurd, im prinzipiellen und beobachtbar zunehmenden Chaos des kapitalistisch organisierten Marktes über einen so langen Zeitraum Zahlenkolonnen aufzustellen, die schon morgen nicht mehr zutreffen – ein Jahr ist dafür schon ein zu langer Zeitraum. Aber zwei Jahre reichen eben über den nächsten Wahltermin hinaus, das erspart dem herrschenden SPD-Grünen-Block in Rat und Verwaltungsvorstand die kritische Haushaltsdebatte vor der Wahl.

Antrag auf Nichtbefassen des Haushalts 2009

Die Fraktion "Die Linken im Rat" stellte vor der Beratung einzelner Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf den folgenden grundsätzlichen Antrag: Der Rat beschließt in seiner Sitzung am 13.12.07 nur den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008. Der Planentwurf für 2009 kommt Ende 2008 in dann aktualisierter Fassung zur Wiedervorlage.

Begründung: Die Nachteile eines Doppelhaushalts überwiegen bei weitem einen möglichen Vorteil. Für einen Doppelhaushalt spricht lediglich die Arbeitsentlastung der mit der Haushaltsplanung befassten Stellen. Dagegen sprechen mindestens drei gewichtige Nachteile:

- Mit dem Verzicht auf die jährliche Haushaltsplanung beschränkt der Rat ohne Not seine Budgethoheit und gibt so ein Stück lebendiger kommunaler Demokratie preis. Damit reduziert er die Transparenz kommunalpolitischen Handelns und die Chancen der Bürger auf Mitsprache.

- Je mehr die Kommunalverwaltungen dem Einfluss der Märkte unterworfen werden, umso kürzer werden die planbaren Zeiträume. Tatsächlich ist kommunale Finanzpolitik bereits hochgradig konjunkturabhängig. Schon zum Zeitpunkt seiner Einbringung war der vorliegende Haushaltsplanentwurf in Teilen überholt. So basiert die Ertragsplanung auf der Steuerschätzung vom Mai 2007, die bereits heute revidiert werden muss. Die Entwicklungen seither führen jetzt schon zu Abweichungen in zweistelliger Millionenhöhe; die Konjunkturentwicklung in 2008

lässt sich noch kaum abschätzen; Annahmen über 2009 sind heute reine Spekulation. Auf solcher Grundlage ist Planungssicherheit unmöglich.

- Der bei der Haushaltseinbringung vorgestellte Entwurf der Verwaltungsspitze für einen "Aktionsplan soziale Stadt" muss, wenn er das Leben in unserer Stadt nachhaltig verändern soll, sich auch im Haushalt niederschlagen. Im vorliegenden Haushaltsplanentwurf konnte er noch in keiner Weise berücksichtigt werden. Die spätere Verabschiedung des Haushaltsplans für 2009 sichert Flexibilität für Anpassungen an veränderte politische Schwerpunkte.

Ergebnis: Der Antrag wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Damit war der Doppelhaushalt praktisch beschlossen und damit zwei Jahre Roulette wie im Spielcasino. Fest stand nur, dass die Banken wieder absahnen:



Anlässlich des Haushaltsbeschlusses im Rat gestaltete das Linke Bündnis Dortmund - Parteilose Linke, DKP und SDAJ eine Plakatwand an der Ecke Wißstraße/Prinzenstraße in Sichtweite des Rathauses und stellte den Sachverhalt auch in einem lebenden Bild auf der Rathaustreppe dar. Das dabei verteilte Flugblatt forderte ein aktuelles Sofortprogramm in Höhe der jährlichen Zinszahlungen: u u u

Kommunales Sofortprogramm in Höhe von 100 Millionen Euro in der Ausbildungs-, Arbeits-, Sozial- und Investitionspolitik

Einführung des Nulltarifs im Öffentlichen Nahverkehr für Alg-II-Empfänger und Einkommensschwache:

Mit uns fordern zahlreiche Initiativen, Sozialverbände und politische Gruppen seit Jahren den Null-Tarif bei Bus und Bahn für alle Dortmund-Pass-Berechtigten und Menschen in vergleichbarer Lage – wenn SPD/Grüne nun endlich ein Sozial-Ticket einführen wollen, das 15 Euro (oder mehr) kosten soll, so ist das ein Erfolg, aber es ist nicht genug – das Null-Ticket muss her!

Einrichtung und Besetzung von mind. 100 zusätzlichen Ausbildungsplätzen bei der Stadt Dortmund:

Die Ausbildungsplatzsituation ist katastrophal. Gerade Großbetriebe entziehen sich ihrer Ausbildungsverpflichtung. Selbst die Stadtverwaltung bildet weniger aus als die insbesondere von Jugendverbänden geforderten 10% der Belegschaft. Angesichts des Programms 2020 zur Arbeitsplatzvernichtung betonen wir den Bedarf an Ausbildung und Beschäftigung im öffentlichen Dienst.

Übernahme von mind. 100 Ein-Euro-Jobber/innen in unbefristete tariflich bezahlte Arbeitsverhältnisse:

Die Erkenntnisse über "Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung" haben gezeigt, dass das Instrument arbeitspolitisch nicht wirksam, sozialpolitisch zynisch und nicht gesetzeskonform durchführbar ist. "Ein-Euro-Jobs" verdrängen reguläre Arbeitsplätze, wir fordern, sie im System der städtischen Betriebe in tariflich vereinbarte Arbeitsverhältnisse umzuwandeln.

Maßnahmen zur Sanierung der städtischen Infrastruktur:

Die weithin gefährdete städtische Infrastruktur (man riecht es am Abwasserkanalnetz, man sieht es vor allem an und in den Schulen, aber auch an und in anderen öffentlichen Gebäuden, am Radwegenetz u.a.m.) ist hoch sanierungsbedürftig. Wir fordern die dringendsten öffentlichen Investitionen auch zum Erhalt und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft.

Finanzierungssicherung für die sozialen Dienste, Initiativen und Projekte, die Opfer eines jahrelangen Sparkurses wurden:

Viele Einrichtungen (wie Frauenhäuser, Aids-Hilfe, Drogenhilfe u. a. m.) können ihre Arbeit wegen der Mittelkürzungen der vergangenen Jahre kaum noch durchführen. Wir fordern ausreichende finanzielle Ausstattungen – nur so können Hilfsangebote, die für viele Menschen überlebensnotwendig sind, so aufrechterhalten und weiter entwickelt werden, wie es notwendig geworden ist.

Ausstattung der Jugendhilfedienste mit 50 neuen Stellen

Die Forderung der in diesem Bereich Beschäftigten und von ver.di Dortmund, hier 50 neue Stellen einzurichten, war und ist berechtigt. Die endlich und nur aufgrund des großen Drucks der Beschäftigten und ihrer Unterstützer/innen zustande kommende Einrichtung von 20 neuen Stellen kann nur ein Anfang sein – wir fordern hier weiteren personellen Ausbau.

Erhalt und Ausbau des Klinikums in kommunaler Hand

Es heißt, das Klinikum sei nicht groß und nicht gut genug ausgestattet. Damit "es sich rechnet", sei es nötig, die tarifierten Löhne und Gehälter der Beschäftigten zu kürzen. Oder man müsse an privates Geld verkaufen. Wir fordern, das Klinikum in kommunaler Hand zu erhalten und notwendige Finanzierungen nicht den Beschäftigten auf dem Wege eines "Notlagentarifvertrags" abzupressen.

V.i.S.d.P.: Wolfgang Richter, Ratsmitglied für "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ"

Anträge zum Haushalt

Im Rahmen der Haushaltsdebatte stellte die Fraktion "Die Linken im Rat" folgenden Änderungsantrag (Auszüge):

1. Kommunaler Lernmittelfonds: Der Rat beschließt, einen kommunalen Lernmittelfonds einzurichten. Er soll Schulkindern und Jugendlichen, deren Erziehungsberichtigte als Erwerbslose ALGII, als Geringverdienende ergänzend ALGII beziehen oder in vergleichbaren materiellen Verhältnissen leben, Zuschüsse zu den Ausgaben für Lernmittel gewähren. Die Kosten hierfür sind in den Haushaltsplan 2008/2009 einzustellen.

2. Sozial-Ticket zum Nulltarif: Der Rat beschließt, in den Haushaltsplan 2008/2009 die Kosten für das Bereitstellen eines Sozial-Tickets für den ÖPNV in Dortmund für Menschen einzustellen, die als Erwerbslose ALG II, als Erwerbstätige ergänzend ALG II beziehen oder in vergleichbaren materiellen Verhältnissen leben. Das Sozial-Ticket soll kostenfrei abgegeben werden („Null-Ticket“).

3. Weihnachtsbeihilfe 2008/09: Der Rat beschließt, in den Haushaltsplan 2008/2009 die Kosten für das Bereitstellen einer Weihnachtsbeihilfe einzustellen für Bezieher von ALG II, für Empfänger von Sozialgeld und für Heimbewohner, die Taschengeld nach dem SGB beziehen, aber keine Weihnachtsbeihilfe erhalten.

Die Weihnachtsbeihilfe ist zweckgebunden und spätestens bis zum 24.12. des jeweiligen Jahres auszuzahlen. Sie beträgt: für den Haushaltsvorstand 80 Euro, für Haushaltszugehörige 60 Euro und für Heimbewohner 55 Euro.

Weitere Teile des Änderungsantrags bezogen sich 4. auf Ersatz für marode Schulpavillons, 5. auf eine Enthinderung in öffentlichen Veranstaltungen, 6. auf eine Erhöhung der Gewerbesteuer zugunsten des Aktionsplans "Soziale Stadt" und 7. auf die Begrenzung des kommunalen Anteils der Kosten für den geplanten Umbau des "U"-Turms.

u u Im Rat am 13. Dezember 2007

Im Rat am 13. Dezember 2007

Begründung zu 1.: Unzulänglich ausgestattetes Lernen in Schule und Ausbildung stellt eine gravierende Minderung oder besser eine Verweigerung der Chancen gerade der Kinder und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Situationen dar. Bei der Ausstattung mit Lern- und Arbeitsmitteln handelt es sich nicht nur um vorgeschriebene Schulbücher, sondern in größerem Ausmaß auch um technische, kulturelle und wissenschaftliche Gerätschaften, Schriften und Verbrauchsmaterialien, Exkursionskosten u.a.m. Die auftretenden und in der Regel unabweisbaren Kosten gehen jährlich in die Hunderte Euro.

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Position des Dortmunder Ver.di-Erwerbslosenausschuss vom 03.09.07, die wir teilen.

Mit dem Einbringen des Haushaltsplanentwurfs wurde programmatisch eine neue Orientierung der kommunalen Politik ausgegeben: "Wir müssen sprechen über Armut, Bildung und Arbeit". Die Fraktion "Die Linken im Rat" unterstützt diese Zielstellung voll und ganz und fordert zu ihrer Umsetzung auf. Der haushaltsmäßige Ausgleich in dieser Frage kann nicht im eigenen Teilplan hergestellt werden - neue politische Prioritäten erfordern auch neue Setzungen im Haushaltsplan.

Begründung zu 2.: Endlich haben die Fraktionen SPD/Grüne im Rat eine zentrale Forderung von Arbeitsloseninitiativen, Sozialhilfegruppen, Gewerkschaften und linken Parteien aufgegriffen. Sie beschlossen in der Sitzung des Rates am 13.09.07, "die Dortmunder Stadtwerke aufzufordern, unverzüglich die Voraussetzungen für die Einführung eines Mobilitäts-/Sozialtickets in Dortmund zu schaffen. Zielsetzung ist die Einführung des Sozialtickets zum 01.01.08". Dies muss allerdings Folgen im Entwurf des kommunalen Haushaltsplans der Stadt haben - die DSW 21 werden zweifellos nicht die Kosten tragen, zumindest nicht allein.

Erwerbslose, Geringverdienende und Arme dürfen nicht aus dem gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt sein. Sie sollen sich an Leben und Politik in ihrer Stadt, an Bildung, Kultur, Sport und Freizeit beteiligen können. Faktisch aber ist das Benutzen öffentlicher Verkehrsmittel für die meisten von ihnen unerschwinglich. Die Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel stehen in keinem Verhältnis zu dem in den Transferleistungen des ALG II enthaltenen Anteil für Mobilität. Dieser Anteil kann nicht zur Finanzierung des Sozial-Tickets herangezogen werden, weil es Bedarf auch zu Fahrten über das Stadtgebiet hinaus gibt.

Die Fraktion "die Linken im Rat" ist für ein Sozial-Ticket in der Form des Null-Tickets. Was die in den Haushaltsplan einzusetzenden Kosten anbetrifft, so sind sie verwaltungsmäßig in Kooperation mit den Dortmunder Stadtwerken zu ermitteln. Der im Antrag eingesetzte Betrag ist als Merkposten zu verstehen.

Mündliche Begründung Wolfgang Richter zu 2.: "Es hat sich viel bewegt. Ein Sozial-Ticket für den ÖPNV wird beschlossen. Ich weiß nicht, seit wann sehr viele Menschen und Gruppen "draußen" und wir "drinnen" im Rat diesen sehr zentralen Punkt sozialer Kultur und gesellschaftlicher Teilhabe anmahnen, einfordern, für ihn streiten. Von mir weiß ich, dass eine meiner ersten Anfragen im Rat, damals noch für das "Linke Bündnis Dortmund - Parteilose Linke, DKP und SDAJ", die Frage war, warum der Dortmund-Pass keine Benutzung des ÖPNV beinhaltet. Der Antrag, ein Null-Ticket für alle Bedürftigen einzurichten, folgte alsbald und wurde vor nun drei Jahren erstmals, später jährlich empört abgelehnt - unter heute skurril anmutenden Begründungen: Sowa dürfe man gar nicht kommunal machen (Originalton SPD) und sowa sei viel zu teuer, damals war von 7 Millionen Euro die Rede (Originalton Grü-

ne), über solche Summen konnten und können die Entscheider für Leuchttürme nur lachen.

Nun aber ist es so: Wir haben Sie bewegt. Nicht weit genug, aber immerhin. Gut. Wir werden dem zustimmen. Allerdings haftet Ihrem Vorschlag an, dass er halbherzig und nicht zu Ende gebracht worden ist - es ist kein Null-Ticket geworden, sondern ein 15-Euro-Ticket, wenn die Meldungen stimmen. Noch immer ist nicht klar, wie und wann und für wen es ausgestellt wird, welche Kosten das verursacht und wer die trägt. Die SPD-Fraktion spricht von drei bis vier Millionen - wo sind sie im geplanten Sozialhaushalt, sind sie zusätzlich eingestellt oder werden sie anderen sozialen Belangen abgeknappst? Sie - und manche anderen in der Stadt - sagen, für die Berechtigten sei das praktisch ein Null-Ticket, weil in der Berechnung der Grundversorgung ja bereits etwas mehr als 14 Euro für Verkehrsleistungen enthalten seien - ich will diesen Betrag und sein Zustandekommen hier nicht analysieren, der ist schlimm genug. Aber ich will doch sagen, dass Ihr Sozial-Ticket diesen Betrag beschlagnahmt, der vielleicht für die Fahrt zum Glück in Wanne-Eickel gedacht war oder zur Oma im Krankenhaus in Unna oder zum Sohn in der JVA sonstwo. Wir sind und werden deshalb für das Null-Ticket bleiben, weil der Kampf darum, dass sich alle Menschen in der Stadt bewegen und an dessen Leben teilhaben können, wie sie es selbst möchten und nicht wie Sie es zulassen, einen wichtigen Teilerfolg errungen hat. Dem ganzen Erfolg sperren Sie sich nach wie vor - es dauert alles so lange bei Ihnen. Da werden wir draußen und drinnen dran bleiben."

Begründung zu 3.: Die Bestimmungen der Regelsatzverordnung sehen vor, dass die im BSHG gewährten einmaligen Leistungen wie die Weihnachtsbeihilfe nicht mehr gezahlt werden. In den Regelsätzen ist allerdings das Ansparen von Summen zur Gestaltung des Weihnachtsfestes in der Familie bzw. in den Bedarfsgemeinschaften nicht enthalten. Die Kommunen sind gehalten, ihre Fürsorgepflichten in diesem Punkt selbst zu beraten und zu entscheiden. Die erforderlichen Mittel sind im Haushalt zu finden.

Mündliche Begründung Wolfgang Richter zu 3.: "Hier hat sich nichts bewegt. Der sozialste Ausschuss des Rates, der Ausschuss eben für Soziales, Familie und Gesundheit, hat vor kurzem einstimmig abgelehnt, was jahrelang das "Linke Bündnis Dortmund - Parteilose Linke, DKP und SDAJ" und 2007 nun die neue Fraktion "die Linken im Rat" vorgeschlagen haben. Ich stelle den Vorschlag im Einzelnen hier nicht noch einmal vor - dass er so schnell weggewischt wurde und auch hier abgelehnt werden wird, liegt sicher daran, dass es sich für uns Ratsmitglieder um Peanuts handeln würde, sollten wir etwas in der vorgeschlagenen Höhe bekommen - für die Betroffenen würde es sich um eine wirkliche Aufhellung der Feiertage handeln, könnten sie es bekommen.

Wir beantragen hier, das Weihnachtsfest, das in keiner Berechnung der Grundversorgung Hilfebedürftiger vorkommt, als ein herausgehobenes Ereignis in deren Alltag zu würdigen und es auch für diesen Personenkreis im kommunalen Haushaltsplan vorzusehen. Es stünde der Politik, die plötzlich und endlich "das Soziale" und "Armut bei Kindern" entdeckt hat, gut an, neben dem größten Weihnachtsbaum der Welt auch kleinste Weihnachtsfeiern der Ärmsten mit öffentlichem Geld zu unterstützen. Es braucht dazu Ihre Zustimmung, um die bitten wir Sie."

Ergebnis: Unsere Änderungsanträge wurden abgelehnt! Zu Lernmittelfonds und Sozialticket hatten SPD/Grüne eigene Anträge mit für die Betroffenen minderer Qualität nachgereicht - die wurden, mit unserer Zustimmung, beschlossen.

Aktionsplan gegen Rechtsextremismus

Der Rat hatte am 13. September 2007 einen "Lokalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus ..." beschlossen, der von SPD/Grün vorgelegt worden war. Die CDU hatte einen Gegenantrag eingebracht "... gegen Rechts- und Linksextremismus sowie gegen jeglichen religiösen Extremismus".

In der Debatte erklärte Wolfgang Richter: "... Die Fraktion "Die Linken im Rat" begrüßt es sehr, dass die Fraktionen SPD/Grüne einen Plan gegen die Ausbreitung neofaschistischer und anderer rechtsextremer Aktivitäten in unserer Stadt entworfen haben und dem Rat etwas zu tun vorschlagen. Es ist, wenn Sie gestatten, eine späte, aber natürlich niemals zu späte, Reaktion auf das, was wir im Verein mit den antifaschistischen Organisationen und Initiativen in unserer Stadt seit Jahren vorschlagen - das Verharmlosen beenden!

Die Fraktion "Die Linken im Rat" wird der Vorlage zustimmen.

Wir werden konstruktiv mitwirken und kritisch und aktiv dabei zu sein suchen, wenn der Beschluss umgesetzt wird. Erlauben Sie mir einige Anmerkungen dazu. Es muss alles dafür getan werden, dass ein Klima produktiven Miteinanders der in der Tat ja vielfältigen Formen des antifaschistischen Wirkens in unserer Stadt geschaffen wird – es darf sich nicht einschleichen, dass eine Service-stelle eingerichtet wird, die alles verwaltend tätig ist, die alles zu wissen glaubt und nichts erlaubt, was sie politisch nicht – oder erst Jahre später - wissen will. Ich weiß wovon ich rede.

Ich schlage vor, dass Sie in der Vorbereitung der Umsetzung einmal genauer hinschauen, wie das "Bündnis Dortmund gegen Rechts" es schafft, nun seit Jahren und ganz aus eigener Kraft ein solches Klima in seinem politischen und kulturellen Wirken herzustellen und aufrecht zu erhalten. Schauen sie dabei nicht nur, aber auch auf die Ereignisse des diesjährigen 1. Mai und des Antikriegstags am 1. September, an dem das Bündnis – das kann man ohne zu übertreiben so sagen - das antifaschistische Gewissen der Stadt war. Schauen Sie auch auf die kontinuierlich aufklärende politische Bildungsarbeit des Bündnisses in seinem "Dortmunder Antifa Gespräch". ...

Sie dürfen das nachahmen. Sie sollten sich nachdrücklich von der Gefahr befreien, eine Alternative zu dieser Arbeit herstellen zu wollen. Ich wünsche dem Vorhaben Ideen, Kraft und Beharrlichkeit.

Zum Antrag der Fraktion der selbsternannten Christen* in diesem Haus möchte ich nicht viel sagen. Ihr unentwickeltes Verständnis von der historischen Entwicklung und Ihre fehlende Einsicht in die aktuelle Situation der Demokratie ist erstaunlich und wenig überraschend zugleich – allerdings sollten Sie damit auch Probleme in Ihren Kreisen selbst haben. Seien Sie versichert, dass Christinnen und Christen im "Dortmunder Friedensforum", im "Bündnis Dortmund gegen Rechts" und in den gewachsenen antifaschistischen Organisationen in unserer Stadt wirken. Wenn Sie am 1. September in Dortmund und "draußen" gewesen wären, hätten Sie gut etwas über die grundsätzlichen Widersprüche in Wesen und Charakter zwischen "Rechts- und Linksextremismus" erfahren können – hätten Sie, wollen Sie aber nicht. Augen und Ohren zu und Unvergleichbares gleichsetzen, ist Ihre politische Devise und Praxis. Die Fraktion "Die Linken im Rat" distanziert sich von Ihrer geschichtsklitternden Konstruktion und wird Ihren Antrag ablehnen."

* Die CDU hatte in ihrer Wortmeldung von "selbsternannten Antifaschisten" gesprochen.

Ergebnis: Nach teilweise erregter Debatte wurde der Aktionsplan mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und "die Linken im Rat" beschlossen.

Grußwort Wolfgang Richter:

Zur Gründung der Partei Die Linke.

in Dortmund am 11. August 2007 überbringe ich Euch herzliche Grüße und gute Wünsche der DKP und des "Linken Bündnis Dortmund", das aus Parteilosen Linken, DKP und SDAJ besteht. Wir sind entschlossen, Euern politischen Weg solidarisch zu begleiten und so viel wie möglich mit Euch gemeinsam zu bewegen.

Es ist noch nicht so lange her – gerade drei Jahre, ein Wimpernschlag in der Lokalgeschichte - da wart Ihr auch Teil dieses Bündnisses, Ihr hattet es mitgegründet, seine ersten Schritte in der Kommunalpolitik mitgestaltet und so mit uns das Laufen gelernt, kommunalpolitisch gesehen.

Es ist kein Geheimnis, dass Euer Abschied aus dem Bündnis für uns ein großer Schmerz war. Aber in den drei Jahren haben wir gelernt, besser damit umzugehen, und können heute darüber auch lächeln. So z.B. darüber, wie Ihr damals den Austritt aus dem Linken Bündnis Dortmund u.a. damit begründet habt, dass man heute – also damals – mit dem Begriff "links" nichts mehr verbinden könne! Kurz danach habt Ihr – oder der Vereinigungs-Apparat von PDS und WASG – den guten alten Begriff wiederentdeckt und heute ist er Euer Logo schlechthin. Ok und gut so.

"Links" definiert ja die Sehnsucht und zugleich auch die Aufgeklärtheit vieler Menschen, den politischen Ort und die Richtung der notwendigen Veränderungen in dieser Etappe des Kapitalismus und Imperialismus neu zu bestimmen. Ob, wie und wann diese Etappe enden wird, gründlich reformiert oder gänzlich revolutioniert wird, das ist – für allerdings mehrere Wimpernschläge – die Aufgabe der politischen Linken, nicht nur, aber auch in diesem Land und auch in dieser Stadt. Ja, wir sind davon überzeugt, dass Ihr Euern Platz in diesem weltweiten Ringen sucht und ihn vor Ort gut ausfüllen werdet. Dem gelten unsere solidarischen Grüße und guten Wünsche.

Wir bleiben derweil bei unserem Namen "Linkes Bündnis Dortmund", schon weil er auch den ebenfalls guten alten Begriff "Bündnis" mit sich führt. Wir denken, dass dieser, der Bündnis-Gedanke den historisch – für alle Wimpernschläge der Welt – richtigen Weg in der skizzierten Richtung gegen Kapitalismus und Imperialismus einzigartig erfasst und beschreibt und dass er es vermag, die auf diesem Weg erfordernten Ideen, Meinungen, Vorschläge und Handlungsweisen der Linken, der Sozialist/innen, der Kommunist/innen und nicht zuletzt vieler anderer suchender Menschen zu entfalten und wirkmächtig zu machen. Es wird die politische Methode des Widerspruchs und der Abwehr reaktionärer Angriffe, des Zurückdrängens des Rechtsextremismus, des Schutzes aller Entrechteten und Ausgegrenzten, des allmählichen Gewinnens politischer und kultureller Hegemonie in der Gesellschaft sein, mehr wollen wir uns in dieser Etappe nicht auferlegen – dies aber doch! Also: Eigentlich müsstet Ihr diesen Begriff auch nutzen – überlegt das mal für die Fortentwicklung Eures Logos. Ganz ohne Ironie – ja, Eurer Fähigkeit zu solcher Bündnispolitik gelten unsere solidarischen Grüße und guten Wünsche.

Ein letzter Gedanke: Wir wünschen Euch – und uns – dass die Partei Die Linke. in Dortmund ein Ort sein wird, an dem Thomas Mann mit seiner Aussage "Die Grundtorheit des Jahrhunderts ist der Antikommunismus" – er meinte das vorige, wir spüren diese Torheit alltäglich auch in diesem Jahrhundert – und Martin Niemöller mit seiner Mahnung "Zuerst holten sie die Kommunisten, ..." gut aufgehobene und im Zweifel kompromisslos geschützte und verteidigte Gäste sein können. Dies klingt so einfach, aber es wird nicht einfach zu machen sein und das auch nicht bleiben. Ja, auch dafür gelten Euch unsere solidarischen Grüße und guten Wünsche.

Solidarität mit Belegschaft und Betriebsrat von nokia Bochum

Dortmund, den 20. Januar 2008

Linkes Bündnis Dortmund - Parteilose Linke, DKP & SDAJ
An Betriebsrat und Belegschaft von Nokia Bochum
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das Linke Bündnis Dortmund unterstützt Euren Kampf gegen die Schließung des Werkes Nokia Bochum und erklärt sich solidarisch mit Euch und Euren Familien.

Mehr als 3000 Menschen sollen ihren Arbeitsplatz verlieren, um die Gier der Aktionäre zu befriedigen. Eure Zukunft und Eure Arbeitsplätze bedeuten ihnen nichts, der höchstmögliche Profit bedeutet ihnen alles. Die Aktionäre von Nokia eignen sich den Reichtum an, den Ihr geschaffen habt und wenden ihn nun gegen Euch. Sie setzen diesen Reichtum in politischen Einfluss um, um ihren Profit noch weiter zu vergrößern.

Nokia ist – wie Opel, VW, Allianz oder Siemens – ein Symbol für den Angriff der Konzerne auf die Rechte der Beschäftigten und auf die Gewerkschaften. Es ist ein Symbol für die wachsende Unsicherheit, in die alle in ihrer Familien- und Lebensplanung gestürzt werden können.

Auch wird hier wieder deutlich: Demokratie darf nicht am Werkstor enden! Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften brauchen wirksame Mitbestimmungs- und Vetorechte, damit Ausgliederungen, Firmenzerlegungen und Verlagerungen, die nur zur Profitmaximierung vorgenommen werden, verhindert werden können.

Lasst Euch nicht durch die heuchlerische Empörung blenden, die jetzt von Politikern und Medien über die Schließungspläne zur Schau gestellt werden. Die gleichen Politiker, die sich jetzt lauthals über das Vorgehen von Nokia beklagen und zu einem Boykott aufrufen, feiern sich, wenn Deutschland mit seiner Strategie des Lohn- und Sozialdumpings wieder einmal zum "Exportweltmeister" gekürt wird. Die gleichen Politiker, die jetzt von Nokia die Steuergelder zurückfordern, preisen ihre Siege beim Subventionspoker als „erfolgreiche Ansiedlungspolitik“.

Fordert sie auf, das Grundgesetz anzuwenden! Da heißt es eindeutig: "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen." (Art. 14 Abs. 2 GG) und weiter: "Eine Enteignung ist ... zum Wohl der Allgemeinheit zulässig." (Art. 14 Abs. 3 GG).

Vertraut auf Eure eigene Kraft! Wehrt Euch! Bleibt entschlossen und geschlossen. In Eurem Kampf mit Eurer Gewerkschaft IG Metall gegen diesen skrupellosen Plan des arroganten Konzerns wünschen wir Euch viel Erfolg!

Doris Vorderbrügge, Udo Stunz

Mindestlöhne und Ausschluss von Ein-Euro-Jobs und Dumpinglöhnen.

Beschlussvorlage der Fraktion "Die Linken im Rat": Der Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit empfiehlt am 29. Januar 2008 dem Rat, die Verwaltung zu beauftragen, in allen Maßnahmen, die dem ASFG zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden,

1. ausnahmslos tarifvertraglich begründete Beschäftigung zugrundelegen, dies hat auch gegenüber Vertragsparteien ohne Tarifbindung zu gelten, mindestens sind die für allgemeinverbindlich erklärten Mindestlöhne zugrundelegen,

2. den Einsatz von Ein-Euro-Jobber/innen auszuschließen.

Dies soll für alle kommunalen Dienstleistungen, für alle kommunal finanzierten Maßnahmen, für alle Maßnahmen in Arbeitsgemeinschaften und für alle öffentlich geförderten privaten Maßnahmen in der Sozial- und Gesundheitspolitik gelten.

Dieser Grundsatz soll in alle Leitplanungen, Absichtserklärungen, Zielvereinbarungen, Genehmigungen und entsprechende Verträge - unter Hinweis auf Vertragsnichtigkeit und Auftragsentzug bei Nichtbeachtung – eingearbeitet werden. Die Kontrolle über das Einhalten der Grundsätze und ein Controlling über Durchführung und Auswirkungen ist durch geeignete Verfahren zu gewährleisten. Die Verwaltung berichtet dem Ausschuss darüber halbjährlich.

Begründung: Der vom Rat beschlossene kommunale "Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund" erfordert soziale Konsequenzen in allen Bereichen der Politik, insbesondere auch in der Qualifizierung der Arbeitsverhältnisse und sozialen Beziehungen. Kommunale und kommunal beeinflussbare Maßnahmen in der Sozial- und Gesundheitspolitik dürfen sich in so einem Programm nur solcher Formen von Beschäftigung bedienen, die in sozialer Hinsicht mindestens korrekt, besser vorbildlich sind. Nicht zur Lebensführung ausreichende Löhne sind in hohem Maß unsozial, Ein-Euro-Jobs sind bei Strafe des Entzugs der Existenzsicherung erzwungene Maßnahmen - beides tastet die Würde der Menschen an.

Zu 1.: In mehreren Branchen sind neben tarifvertraglichen Löhnen Mindestlöhne vereinbart, die gesetzlich für allgemeinverbindlich erklärt worden sind. Weitere werden folgen. Das Einführen und das Einhalten von Mindestlöhnen beeinflussen nachhaltig und positiv die Entwicklungsfähigkeit von Produktion und Reproduktion in Wirtschaft und Gesellschaft, die Qualität der Arbeitsergebnisse und Dienstleistungen und die Existenzbedingungen der Beschäftigten - von Arbeit muss man leben können. Die Ausbreitung von Dumping-Löhnen, die Armut verursachen, muss korrigiert werden – in diese Richtung weisen die Vorschläge der Gewerkschaften zu Mindestlöhnen.

Zu 2.: Ein-Euro-Jobs begründen wie andere Formen erzwungener Arbeit oder Dienstleistung eine Situation geminderter Bürger-, Demokratie- und Freiheitsrechte. Sie finden in einem tarifvertragsfreien Raum statt und gründen ein Verhältnis unmittelbarer Abhängigkeit und obrigkeitstaatlicher Unterordnung. In die gesellschaftliche Systematik und betriebliche Struktur von Arbeit oder Dienstleistung werden sie nicht integriert. Im Ergebnis sind die Ein-Euro-Jobs arbeitsmarktpolitisch nicht erfolgreich, sozialpolitisch nicht weiterführend und qualifizieren den Jobber und die Jobberin nicht. Vielmehr stigmatisieren sie die Betroffenen - und ihre Kinder - als nicht gleichberechtigt zur Gesellschaft gehörige Menschen.

Die Kommunen sind in besonderem Maß gefordert, Antworten auf die gestellten Fragen zu finden und dementsprechend zu handeln. In diese Richtung weist auch ganz allgemein der "Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund". Im Gegensatz dazu aber sehen sich die verarmten Haushalte der Kommunen zu jeder Kostenminimierung veranlasst – und sei sie durch halblegale oder illegale Praktiken ermöglicht. Sie glauben, sich damit einerseits bilanzmäßig und personell entlasten zu können – aktuelles Beispiel Verwaltung 2020 - und andererseits punktuell Wachstum initiieren zu können, das unlauter kalkuliert ist und mit unsozialen Arbeits- und Lebensverhältnissen erkaufte wird.

Diese Praxis gilt es politisch zu beenden. Es gilt auch hier, den "Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund" mit Leben zu füllen

Wolfgang Richter für die Fraktion "Die Linken im Rat"

Ergebnis: Bei Redaktionsschluss hat der Ausschuss noch nicht beraten und entschieden – er wird mit Sicherheit alles ablehnen. Aber das Thema wird bleiben. Die Fraktion wird den Beschlussvorschlag auch dem Rat am 14. Februar vorlegen.

